

## BEBAUUNGSPLAN „IN DER TRIESCHHECKE - 1. ÄNDERUNG“ (1973)



PLANZEICHENERLÄUTERUNG	
	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 1 BAUGB)
	FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF MIT DER ZWECKBESTIMMUNG: (§ 9 ABS. 1 NR. 5 BAUGB)
	KULTURELLEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN
	SOZIALEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN
	GESUNDHEITLICHE ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN
	HÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HÖCHSTMASS; HIER: MAXIMAL ZULÄSSIGE GEBÄUDEOBERKANTE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 18 BAUNVO)
	GRUNDFLÄCHENZAHL (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB I.V.M. § 19 BAUNVO)
	OFFENE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 3 BAUGB UND § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB UND § 23 ABS. 3 BAUNVO)
	VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG; HIER: (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB)
	ÖFFENTLICHER FUSSWEG
	ÖFFENTLICHER RADWEG
	UNTERIRDISCHE HAUPTLEITUNGEN; HIER: ABWASSERKANAL (§ 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB)
	ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE (§ 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB)
	ERLÄUTERUNG DER NUTZUNGSSCHABLONE

## TEIL B: TEXTTEIL

### FESTSETZUNGEN (GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO)

- FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF MIT DER ZWECKBESTIMMUNG KULTURELLEN, SOZIALEN UND GESUNDHEITLICHEN ZWECKEN DIENENDE GEBÄUDE UND EINRICHTUNGEN  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 5 BAUGB

Siehe Plan.  
Auf der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“, sind insbesondere folgende Anlagen und Einrichtungen zulässig:

- kulturelle Einrichtungen wie z.B. Ausstellungsräume, Museen,
- Weiterbildungszentren,
- Freizeit- und Betreuungseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Senioren wie z.B. Jugendzentren, Seniorentreffs,
- Anlagen für gesundheitliche Zwecke wie z.B. DRK,
- Beratungseinrichtungen für soziale und/oder gesundheitliche Zwecke,
- sonstige Anlagen, die den aufgeführten Nutzungen räumlich und funktional zugeordnet sind, hierzu zählen z.B. Abstell- und Lageräume, Umkleidekabinen, Sanitärräume.

- MASS DER BAULICHEN NUTZUNG  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB  
I.V.M. §§ 16-21A BAUNVO

- HÖHE BAULICHER ANLAGEN  
I.V.M. § 18 BAUNVO

Siehe Plan.  
Maßgebender oberer Bezugspunkt für die maximale Höhe der baulichen und sonstigen Anlagen ist die Gebäudeoberkante (GOK<sub>max</sub>).

Die Gebäudeoberkante wird definiert durch den nächstgelegenen Abschluss einer Außenwand oder den Schnittpunkt zwischen Außenwand und Dachhaut (Wandhöhe) oder den Schnittpunkt zweier geneigter Dachflächen (Firsthöhe).

Maßgebender unterer Bezugspunkt für die Gebäudeoberkante ist die Oberkante des angrenzenden öffentlichen Fuß- und Radweges, gemessen an der straßenseitigen Gebäudemitte.

Durch Photovoltaikmodule / Solarmodule inkl. der zum Betrieb erforderlichen Anlagen und Bauteile kann die zulässige Gebäudeoberkante überschritten werden.

- GRUNDFLÄCHENZAHL  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB  
I.V.M. § 19 BAUNVO

Siehe Plan.  
Die Grundflächenzahl (GRZ) wird gem. § 19 Abs. 1 und Abs. 4 BauNVO auf 0,4 festgesetzt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche sind die Grundflächen von

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO,
- bauliche Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

mitzurechnen.

- BAUWEISE  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB  
I.V.M. § 22 BAUNVO

Siehe Plan.  
Es wird eine offene Bauweise festgesetzt.

In der offenen Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO sind Gebäude mit seitlichem Grenzabstand zu errichten.

- ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB  
I.V.M. § 23 BAUNVO

Siehe Plan.  
Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Festsetzung von Baugrenzen bestimmt. Gem. § 23 Abs. 3 BauNVO dürfen Gebäude und Gebäudeteile die Baugrenze nicht überschreiten. Demnach sind die Gebäude innerhalb des im Plan durch Baugrenzen definierten Standortes zu errichten. Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.

Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen (§ 14 BauNVO) zulässig, die dem Nutzungszweck der festgesetzten Gemeinbedarfsfläche dienen und ihrer Eigenart nicht widersprechen. Die Ausmaßen des § 14 Abs. 2 BauNVO gelten entsprechend.

Das gleiche gilt für bauliche Anlagen, soweit sie nach Landesrecht in den Abstandsflächen zulässig sind oder zugelassen werden können.

- VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG; HIER: ÖFFENTLICHER FUSS- UND RADWEG  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

Siehe Plan.  
Die Befahrung des Fuß- und Radweges durch Rettungsfahrzeuge ist zulässig.

- UNTERIRDISCHE HAUPTLEITUNGEN; HIER: ABWASSERKANAL  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 13 BAUGB

Siehe Plan.  
Der Verlauf des Abwasserkanals wird gem. seiner Lage als unterirdische Entsorgungslösung in den Bebauungsplan aufgenommen und festgesetzt.

Bei der Durchführung von Maßnahmen im Bereich von Anlagen des EVS ist zu berücksichtigen, dass Sammler und Bauwerke des EVS „Besondere Anlagen“ im Sinne der §§ 74 und 75 TKG sind und der Daseinsvorsorge dienen. An diesen Anlagen muss in unterschiedlichen Abständen gearbeitet (Reparatur, Erneuerung, Modernisierung oder Anpassung an den aktuellen Stand der Technik) werden. In räumlicher Nähe zu Anlagen des EVS vorgesehene Maßnahmen müssen daher so geplant und durchgeführt werden, dass zukünftige Arbeiten des EVS an seinen Anlagen ohne Mehrkosten für den EVS möglich sind. Kosten zur Durchführung zukünftiger Maßnahmen des EVS für erforderliche Umverlegungen sind vom jeweiligen Nutzungsberechtigten zu tragen.

- ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 15 BAUGB

Siehe Plan.  
Wege sind innerhalb der öffentlichen Grünfläche zulässig.

- MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT  
GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB

Die Grünländer im Bereich der öffentlichen Grünfläche werden wie bisher extensiv bewirtschaftet.

Die Flächen außerhalb der Gemeinbedarfsfläche dürfen baulichtlich nicht beansprucht werden.

Sollten hier dennoch Schäden durch Befahren, Ablagerungen o. ä. entstehen, dann sind diese zu beiseitigen und die Fläche in den Ursprungszustand zu versetzen (ggfs. mit zusätzlicher Heumulchimpfung aus der angrenzenden Grünlandfläche).

Auch wenn ein Umweltschaden gem. § 19 BNatSchG nicht tatbeständig wird, sollte der Verlust des Lebensraumes dadurch kompensiert werden, dass der noch nicht mit Gehölzen eingewachsen Teil (ca. 250 m<sup>2</sup>) der festgesetzten Grünfläche in das bestehende Mahdregime einbezogen wird; es ist davon auszugehen, dass sich auf der floristisch verarmten Fläche dadurch eine magere Flachlandmähwiese (FFH-LRT 6510) entwickeln wird.

Im Bereich der öffentlichen Grünfläche wird der Gehölzbestand vollständig erhalten.

- GRENZE DES RÄUMLICHEN GEALTUNGSBEREICHES  
GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

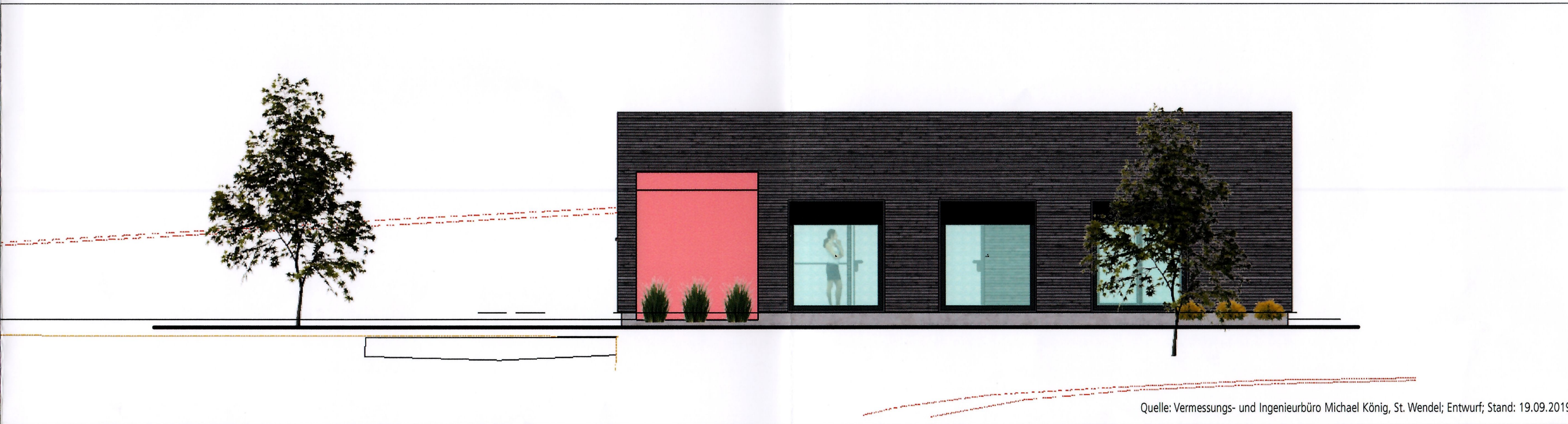
Siehe Plan.

- ### HINWEISE
- Der Bebauungsplan „Jugendzentrum Trieschhecke“ wird gem. 13a BauGB aufgestellt. Die Vorschriften des § 13 BauGB gelten entsprechend. Damit wird gem. § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB und gem. § 13 Abs. 2 BauGB von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen.
  - Der Bebauungsplan „Jugendzentrum Trieschhecke“ ersetzt in seinem Geltungsbereich den rechtskräftigen Bebauungsplan „In der Trieschhecke - 1. Änderung“ aus dem Jahr 1972.
  - Nach § 39 Abs. 5 S. 1 Nr. 2 BNatSchG ist es verboten, Bäume, die außerhalb des Waldes und von Kurzmietriebsanlagen oder gärtnerisch genutzten Grundflächen stehen, Hecken, lebende Zäune, Gebüsche und andere Gehölze in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September abzuschneiden, zu roden oder auf den Stock zu setzen.
  - Hinsichtlich der klimatischen Veränderungen ist darauf zu achten, dass die Oberflächenabflüsse aufgrund von Starkregenereignissen einem kontrollierten Abfluss zugeführt werden. Den umliegenden Anlagen darf kein zusätzliches Risiko durch unkontrollierte Überflutungen entstehen. Hierfür sind bei der Oberflächenplanung vorsorglich entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Besondere Maßnahmen zur Abwehr von möglichen Überflutungen sind während der Bauvorbereitung und bis hin zur endgültigen Begrünung und Grundstücksgestaltung durch die Grundstückseigentümer zu bedenken.
  - Auf die Beachtung der §§ 19, 39 und 44 BNatSchG wird hingewiesen.
  - Mutterboden, der bei der Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie bei wesentlichen anderen Veränderungen der Erdefläche ausgehoben wird, ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung zu schützen.
  - Sind im Plangebiet Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen bekannt oder ergeben sich bei späteren Bauvorhaben Anhaltspunkte über schädliche Bodenveränderungen, besteht gemäß § 2 Abs. 1 Saarländisches Bodenschutzgesetz (SBodSchG) die Verpflichtung, das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz als Untere Bodenschutzbehörde zu informieren.
  - Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigungen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse soweit frei gehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelfahrzeugen angefahren werden können. Bei Konkretisierung der Planungen ist eine Planauskunft und Einweisung von der zentralen Stelle einzufordern: Deutsche Telekom Technik GmbH Zentrale Planauskunft Südwest Chemnitz Str. 267433 Neustadt a.d. Weinste. E-Mail: planauskunft.suedwest@telekom.de. Sollte an dem betreffenden Standort ein Anschluss an das Telekommunikationsnetz der Telekom benötigt werden, bittet die Deutsche Telekom Technik GmbH zur Koordinierung mit der Verlegung anderer Leitungen rechtzeitig, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen.
  - Im Plangebiet befinden sich Versorgungseinrichtungen der Energie-Netzgesellschaft mbH. Hierbei handelt es sich um Mittel- und Niederspannungskabel sowie Straßenbeleuchtungskabel und -maste im Bereich des öffentlichen Fuß- und Radweges. Grundsätzlich sind Baumaßnahmen im Bereich der Anlagen der Energie-Netzgesellschaft mbH im Vorfeld abzustimmen. Der Bauherr bzw. das bauausführende Unternehmen möge sich bitte vor Baubeginn an die Organisationsinheit 8 SN ILL, Tel. 06814030-2360 oder av-strom@energies-netzgesellschaft.de für Stromleitungen, wenden. Entsprechende Einweisungspläne der Versorgungsleitungen können über die Planauskunft, Organisations-einheit Netzdokumentation, zur Verfügung gestellt werden. Unter folgender Adresse sind die Einweisungspläne anzufordern: leitungsauskunft@energies-netzgesellschaft.de. Bezüglich eines Kabelnetzanschlusses möge der Bauherr sich frühzeitig mit dem Netzvertrieb über anfrage@energies-netzgesellschaft.de bzw. Tel. 06814030-4030 in Verbindung setzen.
  - Die Planungsfäche grenzt unmittelbar an die Kerpenschule an, bei dem Bau in den 1950er Jahren mehrfach römische Gräfinden zu Tage gekommen sind (BDS 8, 1961, 137-139). Deshalb sind sämtliche Erdarbeiten (auch im Oberbodenbereich) in der Planungsfäche genehmigungspflichtig gemäß § 8 Abs. 2 in Verbindung mit § 10 SDOsChG. Für alle Bauwerke, für deren Errichtung eine Baugenehmigung oder eine die Baugenehmigung ersetzende oder ersetzende behördliche Entscheidung erforderlich ist, ist das Einvernehmen mit dem Landesdenkmalamt herzustellen (§ 10 Abs. 5 SDOsChG), wobei davon auszugehen ist, dass das Einvernehmen nur dann hergestellt werden kann, wenn vor Beginn der Erdarbeiten präventiv Ausgrabungen unter Leitung eines Archäologen / einer Archäologin durchgeführt werden. Diese müssen zunächst Sondierungen zur Denkmalekenntnis und, sofern nach Rechtsabwägung erforderlich, auch nachfolgende, großflächige Ausgrabungen, deren Kosten einschließlich der Kosten für die konservatorische Sicherung und Dokumentation der Funde und Befunde der Veranlasser gem. § 16 Abs. 5 SDOsChG im Rahmen des Zumutbaren zu tragen hat.
  - Im Plangebiet sind keine konkreten Hinweise auf mögliche Kampfmittel zu erkennen. Sollten wider Erwarten Kampfmittel gefunden werden (Zufallsfunde), so sind die zuständige Polizeidienststelle und der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.
  - Im Plangebiet befinden sich Telekommunikationsanlagen der Vodafone Kabel Deutschland GmbH. Hierbei handelt es sich in erster Linie um eine Hausanschlussleitung der örtlichen Grundschule.
  - Die Anlagen der Vodafone Kabel Deutschland GmbH sind bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern, dürfen nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden. Sollte eine Umrücklegung oder Baufeldfreimachung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigt die Vodafone Kabel Deutschland GmbH mindestens drei Monate vor Baubeginn den Auftrag an TDRASchwarzbach@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Es wird darauf hingewiesen, dass der Vodafone Kabel Deutschland GmbH ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung der Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.
  - Im Plangebiet befinden sich Gasversorgungsleitungen des Gaswerks Illingen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um eine Hausanschlussleitung des örtlichen Tennisheims. Vor Baubeginn ist daher eine Vororteinweisung unabdingbar.

### GESETZLICHE GRUNDLAGEN

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen gelten u. a. folgende Gesetze und Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen:
- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) (Verfahren), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728) (Satzung).
  - Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786).
  - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichungsverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).
  - Saarländische Landesbauordnung (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004 (Amtsbl. S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Dezember 2019 (Amtsbl. I 2020 S. 211,760).
  - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) (Verfahren), zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) (Satzung).
  - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland - Saarländisches Naturschutzgesetz (SNG) - vom 05. April 2006 (Amtsbl. 2006 S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
  - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) (Verfahren), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1408) (Satzung).
  - Saarländisches Wassergesetz (SWG) vom 28. Juni 1960 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsbl. S. 1994), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Februar 2019 (Amtsbl. I S. 324).
  - § 12 des Kommunelebensverwaltungsgesetzes (KVG) des Saarlandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12. Februar 2020 (Amtsbl. I S. 208) (Verfahren), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 24. Juni 2020 (Amtsbl. I S. 776) (Satzung).

## NORDANSICHT



### VERFAHRENSVERMERKE

- Der Gemeinderat der Gemeinde Illingen hat am 22.09.2020 die Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes „Jugendzentrum Trieschhecke“ beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Der Beschluss, diesen Bebauungsplan aufzustellen, wurde am 30.09.2020 öffentlich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).
- Es wird bescheinigt, dass die im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes gelegenen Flurstücke hinsichtlich ihrer Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen.
- Der Bebauungsplan wird gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gem. § 13a Abs. 3 und 4 BauGB wird eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB nicht durchgeführt.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Illingen hat in seiner Sitzung am 22.09.2020 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes „Jugendzentrum Trieschhecke“ beschlossen (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung, ist am 09.10.2020 bis einschließlich 09.11.2020 öffentlich ausgelegt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch per Mail abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können, am 30.09.2020 öffentlich bekannt gemacht (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB).
- Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden wurden mit Schreiben vom 06.10.2020 von der Auslegung benachrichtigt (§ 13a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB). Ihnen wurde eine Frist bis zum 09.11.2020 zur Stellungnahme eingeräumt.
- Während der öffentlichen Auslegung gingen seitens der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden sowie der Bürger Anregungen und Stellungnahmen ein. Die Abwägung der vorgebrachten Bedenken und Anregungen erfolgte durch den Gemeinderat am 02.03.2021. Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen und Stellungnahmen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 BauGB).
- Der Gemeinderat hat am 02.03.2021 den Bebauungsplan „Jugendzentrum Trieschhecke“ als Satzung beschlossen (§ 10 Abs. 1 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung.
- Der Bebauungsplan „Jugendzentrum Trieschhecke“ wird hiermit als Satzung ausgesetzt.

Illingen, den 22.09.2020

Der Bürgermeister

### Jugendzentrum Trieschhecke

Bebauungsplan in der Gemeinde Illingen, Ortsteil Uchtelfangen

Bearbeitet im Auftrag der Gemeinde Illingen  
Hauptstraße 86  
66557 Illingen

Stand der Planung: 19.11.2020  
**SATZUNG**

Maßstab 1:500 im Original  
Verkleinerung ohne Maßstab

0 5 25 50

Gesellschaft für Städtebau und Kommunikation mbH  
Kirchenstraße 12 - 66557 Illingen  
Tel: 0 68 25 - 4 04 10 70  
email: info@kernplan.de

Geschäftsführer:  
Dipl.-Ing. Hugo Kern  
Dipl.-Ing. Sarah End

KERN PLAN